



VORARLBERG
KANN'S BESSER
MARIO LEITER 

WAHLPROGRAMM
zur
LANDTAGSWAHL 2024

INHALT

Wohnen	3
Bildung	5
Gesundheit	9
Pflege	11
Arbeit	13
Wirtschaft	16
Mobilität	19
Umwelt, Klima, Tierschutz und Landwirtschaft	21
Frauen und Gleichstellung	23
Asyl und Integration	26
Inklusion	29
Kultur	31
Sicherheit	33
Jugend	35
Seniorinnen und Senioren	37
LGBTIQ+ und Gleichstellung	40
Ehrenamt und Vereine	42



WOHNEN

Die Situation auf dem Vorarlberger Wohnungsmarkt ist alarmierend. In unserem Land haben wir die höchsten Mietkosten in ganz Österreich. Darum setzt sich die SPÖ für fünf zentrale Maßnahmen ein, um das Wohnen in Vorarlberg wieder leistbarer zu machen. Wir haben ein umfassendes Wohnbauprogramm, das in der nächsten Regierungsperiode umgesetzt werden soll.

Die derzeitige Landesregierung ist mit ihrem Ziel, 4.000 gemeinnützige Wohnungen in dieser Legislaturperiode zu erreichen, grandios gescheitert. Die hohen Mieten privater Mietwohnungen hängen auch mit dieser mangelnden Bauleistung zusammen. Die Nachfrage nach Wohnraum übersteigt das Angebot bei Weitem. Die Wohnsituation in Vorarlberg ist für viele Menschen untragbar geworden. Besonders junge Menschen und Familien leiden unter den hohen Mieten. Unser 5-Punkte-Plan zielt darauf ab, den Wohnbau in Vorarlberg grundlegend zu reformieren und für alle leistbarer zu machen.

Das wollen wir konkret:

1. Bau von 11.000 neuen gemeinnützigen Wohnungen in den nächsten 5 Jahren

In Vorarlberg gibt es aktuell nur rund 21.500 gemeinnützige Wohnungen, in denen etwa 60.000 Menschen leben. Dies entspricht nur etwa 13 Prozent der Gesamtbevölkerung des Bundeslandes. Damit ist Vorarlberg das Schlusslicht beim Bau von leistbaren Wohnungen. Die Landesregierungen der letzten 10 Jahre haben den notwendigen Bau von neuen Wohnungen völlig verschlafen, darum ist jetzt großer Aufholbedarf angesagt. Um den österreichischen Durchschnitt von 24 Prozent an gemeinnützigen Wohnungen zu erreichen, sind 11.000 zusätzliche Wohnungen notwendig. Eine WIFO-Studie belegt, dass ein Anstieg des Marktanteils an gemeinnützigen Wohnungen um 10 Prozent zu einer Reduzierung der unregulierten Mieten um 30 bis 40 Cent pro Quadratmeter führt und somit eine wichtige Funktion als Mietpreisdämpfer hat. Wir werden in enger Abstimmung mit den drei gemeinnützigen Bauträgern in Vorarlberg deren Kapazitäten zum Bau von leistbaren Wohnungen stärken und die notwendigen Wohnungen bauen.

2. Förderung von Mietkaufmodellen

Mietkaufmodelle bieten eine flexible Möglichkeit, um Eigentum zu erwerben. Die SPÖ Vorarlberg setzt sich dafür ein, dass dieses Modell verstärkt im gemeinnützigen Wohnbau angeboten wird. Damit sollen mehr Menschen die Chance erhalten, langfristig Eigentum zu erwerben, ohne sofort eine hohe finanzielle Belastung tragen zu müssen.

3. Errichtung von Wohnungen mit gesellschaftlichem Mehrwert

Die SPÖ plant den Bau von Generationenwohnen, betreuten Wohnungen und Senioren-WGs in Kooperation mit NGOs. Diese Wohnformen bieten nicht nur bedarfsgerechten Wohnraum, sondern fördern auch das gemeinschaftliche Leben und die soziale Integration. Insbesondere für ältere Menschen und junge Familien sollen so passende und bezahlbare Wohnlösungen geschaffen werden.

4. Einführung einer Mindestanzahl an leistbaren Wohnungen in jeder Gemeinde

Jede Gemeinde in Vorarlberg soll eine Mindestanzahl an leistbaren Wohnungen bereitstellen. Dies soll durch eine Lockerung der Bedarfsprüfung für gemeinnützige Bauprojekte in Städten und Gemeinden erleichtert werden. Ziel ist es, den Zugang zu leistbarem Wohnraum flächendeckend sicherzustellen und den Druck auf den Wohnungsmarkt zu mindern.

5. Aufbau eines „Haus Vorarlberg“ für Studierende in Wien

Um die Wohnsituation für Studierende zu verbessern, plant die SPÖ Vorarlberg die Errichtung von „Haus Vorarlberg“-Projekten in Wien. Dieses Wohnheim soll speziell für Studierende und Auszubildenden aus Vorarlberg reserviert werden und durch faire Mietpreise die finanzielle Belastung der Studierenden und Auszubildenden reduzieren. Studien zeigen, dass Studierende bis zu 54 Prozent ihres Einkommens für Wohnkosten aufwenden müssen. Diese Situation muss dringend verbessert werden.



BILDUNG

Unsere Kinder haben die besten Voraussetzungen verdient. Grundlegend dafür ist das Bildungssystem. Wir möchten sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Chancen auf hochwertige Bildung haben, unabhängig vom Kontostand ihrer Eltern. Dazu investieren wir verstärkt in die Bildungsinfrastruktur und möchten mit der Gemeinsamen Schule das Bildungssystem grundlegend neugestalten. So garantieren wir optimale Lernbedingungen für Kinder und die besten Arbeitsbedingungen für Pädagog:innen.

Frühkindliche Bildung liegt uns besonders am Herzen, da hier der Grundstein für spätere Bildungserfolge gelegt werden. Daher setzen wir uns für den flächendeckenden Ausbau von qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen und Kindergärten ein.

Gemeinsam mit einem verstärkten Angebot von Ganztageschulen reduzieren wir damit die Notwendigkeit von Nachhilfe. Für alle Kinder, die trotzdem noch Unterstützung benötigen, führen wir ein kostenfreies Nachhilfeangebot ein.

Als SPÖ möchten wir auch ein tägliches kostenfreies Mittagessen in allen Bildungseinrichtungen einführen. So fördern wir die Gesundheit der Kinder durch ausgewogene Ernährung und verbessern ihre Konzentrationsfähigkeit. Gemeinsames Essen stärkt den sozialen Zusammenhalt und fördert die Integration, indem es Raum für Kommunikation bietet. Zudem entlastet diese Maßnahmen die Familien. Weil die Zutaten dafür biologisch und aus der Region sein sollen, unterstützen wir damit gleichzeitig die qualitativ hochwertige Landwirtschaft bei uns im Land.

Das wollen wir konkret in der Elementarpädagogik:

1. Recht aller Kinder auf kostenfreie Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr

Die ersten Lebensjahre sind für die Entwicklung von Kindern besonders entscheidend. Darum möchten wir, dass alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr den Rechtsanspruch auf einen Platz in qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen haben – und zwar kostenfrei. Diese Möglichkeit gibt den Eltern mehr Spielraum in der Gestaltung ihrer Berufs-

tätigkeit.

2. Gleichstellung von privat geführten Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen

Seit 40 Jahren bieten private Träger in Vorarlberg in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen eine hochwertige Begleitung der Kinder im elementarpädagogischen Bereich an. Diese Einrichtungen sind mit ihren flexibleren Öffnungszeiten und dem für die Betreuung von Kleinkindern befähigten Personal ein wichtiger Partner für das Land und die Gemeinden. Nur durch Kooperationen zwischen Land und Gemeinden mit den privat geführten Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen kann die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert werden. Derzeit werden 50 Prozent der Kinder in privaten Einrichtungen betreut und noch immer herrscht in vielen Gemeinden eine ungleiche Förderung der Personalkosten im Vergleich zu den öffentlichen Einrichtungen. Diese Ungleichbehandlung muss beseitigt werden. Bei Kostenfreiheit für die Eltern muss auch der Betrieb von privaten Einrichtungen durch entsprechende Förderung des Landes gesichert sein.

3. Öffnungszeiten, die eine Berufstätigkeit erlauben und weniger Schließtage

Nach wie vor gibt es viele Kindergärten und Kleinkindbetreuungseinrichtungen mit besonders vielen Schließtagen. Auch haben sie teilweise sehr unterschiedliche Öffnungszeiten, was vor allem für Eltern mit Kindern in unterschiedlichen Einrichtungen schwierig in Einklang zu bringen ist. Die SPÖ wird die Schließtage reduzieren, die Öffnungszeiten so erhöhen, dass sie für beide Elternteile eine Berufstätigkeit erlauben und die Zeiten der verschiedenen Einrichtungen einander angleichen.

4. Bessere Rahmenbedingungen und Bezahlung für Elementarpädagog:innen

Elementarpädagoginnen und -pädagogen spielen eine zentrale Rolle in der frühkindlichen Bildung. Sie legen das Fundament für die kognitive, soziale und emotionale Entwicklung eines Kindes legt. Ihre Arbeit erfordert ein hohes Maß an Verantwortung und Fachwissen. Damit die Pädagog:innen ihrem pädagogischen Anspruch ohne Überforderung und Überlastung gerecht werden können, benötigt es einen guten Betreuungsschlüssel und eine adäquate Gruppengröße. Eine höhere Bezahlung würde den Beruf zudem attraktiver machen und dazu beitragen, den bestehenden Fachkräftemangel zu beheben, wodurch die Qualität der Betreuung gesichert wird. Wir setzen uns nicht zuletzt auch deshalb für eine bessere Bezahlung ein, weil sie ein klares Zeichen der gesellschaftlichen Anerkennung dieser wichtigen Berufsgruppe darstellt.

5. Aus- und Fortbildungen kostenfrei ermöglichen

Aus- und Fortbildungen sind im Bereich der Elementarpädagogik oft mit Kosten für die Teilnehmenden verbunden, die diese aus eigener Tasche bezahlen müssen. Je fundierter die Elementarpädagog:innen dem aktuellen Stand der Wissenschaft entsprechend ausgebildet sind, desto mehr profitieren die betreuten Kinder, deren Eltern sowie die Gesellschaft. Umso wichtiger ist es, dass solche Aus- und Fortbildungskosten vom Land übernommen werden.

Das wollen wir konkret in den Schulen:

1. Einführung der Gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen

Ebenso, wie es bei der Volksschule eine gemeinsame Schule für alle Kinder gibt, soll das auch im Mittelschulbereich sein. Durch die Aufhebung der Trennung in „Mittelschüler:innen“ und „Gymnasiast:innen“ garantieren wir das beste Schulsystem für alle Kinder. Der Druck beim Schulwechsel nach der Volksschule entfällt und alle haben die gleich guten Chancen. Diese Maßnahme soll sicherstellen, dass jedes Kind die Möglichkeit hat, das vorhandene Potenzial voll zu entfalten.

2. Kostenfreie Nachhilfe für alle Schüler:innen Vorarlbergs

Eltern geben jedes Schuljahr mehrere Millionen an Euro für Nachhilfe aus. Betroffen davon sind etwa ein Drittel aller Schüler:innen bzw. deren Eltern. Mit der SPÖ in der Landesregierung wird es ein kostenfreies Angebot für Nachhilfe geben.

3. Aufstockung der Krisenbegleitlehrer:innen

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, wie wichtig in bestimmten schwierigen Situationen, die eine Schulklasse oder auch einzelne Schüler:innen betreffen, die Begleitung von dafür geschulten externen Lehrpersonen ist. Dabei geht es darum, bestehende Verhaltensmuster zu erkennen und zu verändern sowie die Selbst- und Sozialkompetenzen der beteiligten Personen zu stärken und auszubauen. Weil diese Methode so effektiv ist, ist die Nachfrage höher als das Angebot. Wir sorgen dafür, dass die Anzahl von derzeit vier landesweit tätigen Krisenbegleitlehrer:innen auf acht verdoppelt wird.

4. Ausbildungsmöglichkeit für Lehrer:innen zu 100% in Vorarlberg und Fortbildungsmöglichkeiten ohne Gehaltseinbußen

Wer Lehrer:in werden möchte, kann sich derzeit nur in einem sehr beschränkten Ausmaß in Vorarlberg ausbilden lassen. Das Angebot an der PH Feldkirch beinhaltet bei weitem nicht alle Fächer. Darum müssen viele angehende Lehrer:innen einen Teil ihrer Ausbildung in anderen Bundesländern absolvieren. Das ist mit Aufwand und Kosten verbunden. Gleichzeitig brauchen wir aber dringend mehr Lehrkräfte. Darum möchten wir, dass an der PH Feldkirch wieder Ausbildungen für sämtliche Fächer angeboten werden.

Im Unterricht müssen Lehrer:innen zeitnah auf neue gesellschaftliche Entwicklungen reagieren können. Dafür benötigen sie auch das notwendige Rüstzeug. Hier setzen Aus- und Fortbildungen an. Bei mehrtägigen Ausbildungen oder Ausbildungen in anderen Bundesländern oder im Ausland müssen die betreffenden Lehrpersonen in Karenz gehen. Das führt in vielen Fällen dazu, dass ihnen die Bezüge entfallen, das wirkt sich auch negativ auf die Vorrückungstichtage aus. Für derartige Fortbildungen soll es Sonderurlaub ohne Entfall der Bezüge geben. Weil es nicht sein kann, dass engagierte Lehrer:innen für Ausbildungszeiten bestraft werden, möchten wir diese unfaire Praxis beenden.

5. Kostenfreies und qualitatives Mittagessen für Kinder in allen Bildungseinrichtungen

Eine Grundlage für gute Voraussetzungen beim Lernen ist ein gesundes Essen. Wir stellen sicher, dass es in allen Bildungseinrichtungen – von der Kleinkindbetreuung über den Kindergarten bis zu den Schulen – täglich ein gesundes, regionales und kostenfreies Mittagessen für unsere Kinder gibt.



GESUNDHEIT

Lange Zeit waren wir in Österreich stolz auf unser Gesundheitssystem, das zu den besten der Welt gezählt hat. Doch inzwischen sind „Normalversicherte“ immer öfter nur noch Patient:innen zweiter Klasse. Als SPÖ, die das weltweit bewunderte Gesundheitssystem aufgebaut hat, sehen wir es als unsere Aufgabe an, das inzwischen kaputtgesparte Gesundheitssystem zu retten und allen die beste Versorgung zu garantieren. Bei Arztterminen darf nicht die Kreditkarte ausschlaggebend sein, sondern die eCard, um den Zugang zu zeitnahen medizinischen Leistungen zu sichern. Unser Ziel: Uneingeschränkter, flächendeckender und barrierefreier Zugang zur medizinischen Versorgung. Wir sorgen dafür, dass die Zweiklassenmedizin ein Ende hat und garantieren allen den Zugang zu der Versorgung, die sie brauchen.

Unser Ziel ist es deshalb, die langen Wartezeiten bei Fachärzt:innen und auf Operationstermine drastisch zu verkürzen, um eine schnellere und effizientere Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Auch die Versorgung mit praktischen Ärzt:innen ist in Gefahr. In jedem Wohnort soll es deshalb ausreichend Hausärztinnen und Hausärzte geben.

Um all das sicherzustellen, ist eine gute Bezahlung in allen Gesundheitsberufen essenziell. So sichern wir die Qualität der Versorgung und halten Fachkräfte. Die Einführung einer MedUni in Vorarlberg soll die medizinische Ausbildung stärken und den Fachkräftemangel langfristig bekämpfen.

Das wollen wir konkret:

1. Mehr Kassenärzt:innen gewinnen

Jeder Ärztin und jedem Arzt soll ein Kassenvertrag angeboten werden, das Wahlärzt:innensystem muss hingegen zurückgefahren werden. Mit besseren Arbeitsbedingungen, Teilzeit- und Zusammenarbeitsformen setzen wir Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität von Kassenstellen.

2. Einführung einer MedUni in Vorarlberg

Trotz des hohen Bedarfs an Mediziner:innen gibt es große Hürden bei den Aufnahmeprüfungen an den Unis. Gleichzeitig gehen viele Vorarlberger Studierende nach Wien oder Innsbruck und kommen nach Studienende nicht mehr ins Land zurück. Aufgrund des Ärzt:innenmangels wollen wir, dass sich das Land nicht auf andere Bundesländer verlässt, sondern selbst aktiv wird: Wir errichten eine MedUni in Vorarlberg und schaffen ein Ausbildungsangebot für medizinisches Fachpersonal im eigenen Bundesland!

3. Ausbau der Primärversorgung („Ärzteläger“)

Wir brauchen die systematische Vernetzung und Zusammenarbeit aller Gesundheitseinrichtungen. Einen wichtigen Anteil haben dabei Primärversorgungszentren (PVZ). Wir möchten 15 zusätzliche PVZ in Vorarlberg bis 2030, die eine umfassende und koordinierte gesundheitliche Betreuung anbieten.

Um eine umfassende Patient:innenversorgung zu gewährleisten, fördern wir die Zusammenarbeit verschiedener Gesundheitsberufe innerhalb eines PVZ.

4. Recht auf Hausärzt:innen Hausärztin / einen Hausarzt im eigenen Wohnort

Aufgrund der Pensionierungswelle stehen immer mehr Vorarlberger:innen ohne Hausärztin bzw. Hausarzt da. Viele weiterbestehende Praxen sind bereits überlaufen und nehmen keine weiteren Patient:innen mehr auf. Wir stellen sicher, dass alle das Recht auf eine Hausärztin bzw. einen Hausarzt im eigenen Wohnort haben.

5. Stärkung der Patient:innenrechte

Wir führen Maßnahmen zur Erhöhung der Patient:innensicherheit und Qualität der Versorgung ein. Gleichzeitig geht es darum, Patient:innenvertretungen, die die Interessen der Patient:innen im Gesundheitssystem wahrnehmen, zu stärken. Wichtig ist dabei, ein effektives Beschwerdemanagement aufzubauen, das Anliegen zeitnah und angemessen bearbeitet.



PFLEGE

Wer auf Pflege angewiesen ist, braucht die Sicherheit, dass es ein gutes und qualitatives Angebot ohne Wartezeiten gibt. Besonders wichtig ist dabei, dass in jedem einzelnen Fall flexibel auf die besondere Situation der Betroffenen und deren Angehörige eingegangen werden kann. Dazu braucht es ein gutes Angebot an Pflegeeinrichtungen und ein funktionierendes Netz für die Betreuung zu Hause.

Zentral ist dabei auch, dass Pflegekräfte für diese so wichtige und schwere Arbeit fair bezahlt werden. Damit stellen wir die Versorgung sicher und verhindern, dass Fachkräfte in andere Bereiche abwandern.

Seit einigen Jahren gibt es europaweit die bedenkliche Entwicklung, dass Konzerne Pflegeheime übernehmen und durch Einsparungen bei den Heimbewohner:innen und beim Personal Profite erwirtschaften. Dem wollen wir einen Riegel vorschieben, indem wir dafür sorgen, dass alle Pflegeheime der Gemeinnützigkeit verpflichtet werden sollen. Jeder einzelne Euro Steuergeld, der in die Pflege investiert wird, soll auch dort ankommen!

Das wollen wir konkret:

1. Anstellung pflegender Angehöriger

Derzeit ist in Vorarlberg die Anstellung pflegender Angehöriger nur in gewissen Fällen möglich. Wir möchten, das Erfolgsmodell aus dem Burgenland auch vollumfänglich in Vorarlberg einführen: Alle, die eine pflegebedürftige, angehörige Person bereits betreuen und im erwerbsfähigen Alter sind, aber wegen dieser Betreuungsleistung derzeit keiner Beschäftigung nachgehen können, sollen beim Land Vorarlberg für diese Tätigkeit angestellt und sozialversichert werden können.

2. Ausbildungsentgelt für Pflegeberufe von mind. 2.500 EUR (brutto)

Wir brauchen dringend mehr Pflegekräfte! Darum müssen wir sicherstellen, dass der Ein- bzw. Umstieg zur Ausbildung nicht mit finanziellen Belastungen einhergeht. Genauso,

wie Polizeischüler:innen bereits im Zuge der Ausbildung ein Entgelt erhalten, soll das auch für Pflegeberufe gelten.

3. Gemeinnützigkeit aller Heime statt Profit mit der Pflege

Europaweit gibt es eine bedenkliche Entwicklung: Internationale Konzerne führen Pflegeheime und spekulieren mit den Gewinnen. Das Geld, das die Investoren erhalten, fehlt dann in der Pflege. Wir schieben dem einen Riegel vor, indem wir sicherstellen, dass Pflegeheime nur noch gemeinnützig und nicht profitorientiert geführt werden dürfen. Damit kommt jeder einzelne Cent für die Pflege auch wirklich bei der Pflege an.

4. Echte Pflegereform, um das beste Pflegesystem zu schaffen

Wir wollen eine ganzheitliche, aktivierende Pflege, die serviceorientiert organisiert ist. Dafür braucht es Qualitätssicherung mit bundesweit gleichen Mindeststandards, den Ausbau von Kurzzeitpflegemöglichkeiten, leistbaren Tagesbetreuungseinrichtungen und alternativen Wohn- und Betreuungsformen.

5. Pflege, die für alle leistbar ist

Das Ziel einer umfassenden, bedarfsgerechten Reform muss sein, dass den betroffenen Menschen - welche Pflege und Betreuung benötigen - ein abgerundetes Angebot an Pflege- und Betreuungsleistungen bereitsteht. Dabei ist es besonders wichtig, die Angebote für die Betroffenen finanziell leistbar zu gestalten. Der Zugang zu diesen Leistungen ist transparent zu gestalten, um Missbrauch und Vertrauensbrüche zu verhindern. Ein wesentliches Kriterium muss bei dieser Reform allerdings sein, dass Armut für die Betroffenen und deren Angehörige vermieden und soziale Isolation verhindert wird. Das ist die Gesellschaft den Betroffenen schuldig.



ARBEIT

Vorarlberg ist ein pulsierender Wirtschaftsstandort. Wir sind stolz auf unsere innovativen Betriebe und ihre Mitarbeiter:innen, die mit ihrem Fleiß und Know-how den wirtschaftlichen Erfolg garantieren. Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt, und das bedeutet, dass gute Arbeit auch gut bezahlt werden muss. Wir setzen uns dafür ein, dass faire Löhne bezahlt werden, die nicht nur zum Überleben reichen, sondern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Wir wollen sicherstellen, dass die landeseigenen Betriebe mit gutem Beispiel vorangehen und Löhne bieten, die mit jenen im benachbarten Ausland problemlos konkurrieren können. So schaffen wir es, die besten Fachkräfte im Land zu halten und die Wirtschaftskraft Vorarlbergs zu stärken.

Eine moderne Arbeitswelt muss jedoch auch den Bedürfnissen der Familien gerecht werden. Deshalb ist es uns ein zentrales Anliegen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Viele Eltern stehen vor der Herausforderung, Berufstätigkeit und Kinderbetreuung unter einen Hut zu bringen. Um diesem Problem zu begegnen, werden wir die Kinderbetreuungseinrichtungen ausbauen, deren Schließtage reduzieren und die Öffnungszeiten so gestalten, dass beide Elternteile die Möglichkeit haben, erwerbstätig zu sein. Damit schaffen wir nicht nur Chancengleichheit, sondern unterstützen auch die berufliche Weiterentwicklung und finanzielle Unabhängigkeit von Eltern.

Jungen Menschen müssen faire Einstiegsmöglichkeiten in die Arbeitswelt geboten werden – dafür braucht es klare und faire Regeln für Praktika, damit Ausbeutung von Praktikant:innen endlich der Vergangenheit angehört.

Ein wichtiges Anliegen ist es uns auch, dass Arbeit nicht krank macht. Weil es in vielen Branchen Personalmangel gibt, müssen immer weniger Mitarbeiter:innen immer mehr Aufgaben übernehmen. Das führt zu Stress und im schlimmsten Fall zum Burnout. Daher wollen wir eine Offensive für Gesundheit am Arbeitsplatz umsetzen, die nicht nur präventive Maßnahmen stärkt, sondern auch niederschwellige Anlaufstellen für Betroffene bietet. Denn nur in einem gesunden Arbeitsumfeld können Menschen ihr volles Potenzial entfalten und langfristig ihren Beitrag zur Gesellschaft leisten.

Die SPÖ Vorarlberg setzt sich konsequent für die Arbeitnehmer:innen in unserem Land ein – für faire Löhne, die ein gutes Leben ermöglichen, für eine familienfreundliche Arbeitswelt und für gesunde Arbeitsbedingungen. Wir kämpfen für eine gerechte Gesellschaft, in der jede und jeder die Chance hat, sich zu entfalten und ein erfülltes Leben zu führen.

Das wollen wir konkret:

1. Faire Löhne, die ein gutes Leben ermöglichen

Gute Arbeit verdient gute Bezahlung. Wir möchten, dass die landeseigenen Betriebe vorgehen und Gehälter bezahlen, die mit jenen im benachbarten Ausland problemlos konkurrieren können. So halten wir die besten Fachkräfte im Land.

2. Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern

Nach wie vor gibt es viele Kindergärten und Kleinkindbetreuungseinrichtungen mit besonders vielen Schließtagen. Auch haben sie teilweise sehr unterschiedliche Öffnungszeiten, was vor allem für Eltern mit Kindern in unterschiedlichen Einrichtungen schwierig ist. Die SPÖ wird all diese Einrichtungen kostenfrei machen, die Schließtage reduzieren, die Öffnungszeiten so erhöhen, dass sie für beide Elternteile eine Berufstätigkeit erlauben und die Zeiten der verschiedenen Einrichtungen einander angleichen.

3. Offensive für Gesundheit am Arbeitsplatz umsetzen

Die Zunahme an Belastungen am Arbeitsplatz und das Verschwimmen von Arbeit und Freizeit – Stichwort: ständige Erreichbarkeit – machen krank. Die häufigste Ursache für Ausfälle am Arbeitsplatz sind mittlerweile psychische Erkrankungen. Wie in vielen anderen Bereichen gilt auch in der Arbeitsmedizin und der betrieblichen Gesundheitsförderung, dass Prävention das wichtigste Werkzeug ist. Daher muss die Prävention ausgebaut sowie eine niederschwellige Anlaufstelle für betroffene Menschen eingerichtet werden.

4. Faire Spielregeln fürs Praktikum statt Ausbeutung

Wir haben kein Verständnis dafür, dass viele junge Menschen ihre ersten Kontakte in der Arbeitswelt unter oft fragwürdigen Verhältnissen absolvieren müssen – sei es, dass die Bezahlung nicht stimmt, oder dass Praktikant:innen als Urlaubsvertretung eingesetzt werden und nichts vermittelt bekommen. Es braucht einen Mindestlohn und klare und faire Rahmenbedingungen, damit Praktikant:innen nicht länger ausgebeutet werden können.

5. Alle Haushalte und Betriebe sollen in den nächsten 10 Jahren Zugang zum Glasfasernetz haben

Wir machen Vorarlberg zum Vorreiter beim schnellsten Internet: Innerhalb von 10 Jahren hat jeder Haushalt und Betrieb einen Anschluss an das ultraschnelle Glasfasernetz. Das

erhöht nicht nur die Konkurrenzfähigkeit unserer Betriebe, sondern ist auch eine wichtige Grundlage für verlässliche Home-Office-Möglichkeiten in vielen Branchen.



WIRTSCHAFT

Wir setzen uns für ein wirtschaftliches Modell ein, das auf soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und regionale Wertschöpfung setzt. Wir sind überzeugt, dass ein starkes Vorarlberg nur durch die Förderung unserer kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) möglich ist, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden. Diese Unternehmen sind es, die Arbeitsplätze schaffen, die Ausbildung unserer Jugend sicherstellen und zur Innovation beitragen. Daher wollen wir faire und transparente Ausschreibungsrichtlinien etablieren, die regionale Unternehmen und nachhaltiges Wirtschaften in den Mittelpunkt stellen. So schaffen wir nicht nur Chancengleichheit, sondern stärken gleichzeitig die regionale Wirtschaft und schonen unsere Umwelt.

Um die wirtschaftliche Stabilität und Planungssicherheit für Unternehmen in Vorarlberg zu gewährleisten, setzen wir uns für verlässliche und gerechte Rahmenbedingungen auf den Energiemärkten ein. Die Sicherung stabiler Strompreise ist dabei ein wesentlicher Baustein, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie langfristig zu sichern. Gerade in Zeiten globaler Unsicherheiten ist es von zentraler Bedeutung, dass produzierende Betriebe und Industrien nicht durch extreme Preisschwankungen belastet werden. Unser Ziel ist es, Vorarlberg als Wirtschaftsstandort attraktiver zu machen und die Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen zu verbessern.

Für eine zukunftsfähige Wirtschaft braucht es nicht nur stabile Bedingungen, sondern auch den Zugang zu Kapital und Know-how. Insbesondere Startups und innovative KMU benötigen Unterstützung, um wachsen zu können und ihre Ideen erfolgreich umzusetzen. Durch gezielte Förderungen, die Schaffung von Kompetenzzentren und die Etablierung von Finanzierungsinstrumenten wollen wir ein Umfeld schaffen, in dem Innovation gedeihen kann. Die Ausbildungsoffensive im Bereich digitaler Technologien und die gezielte Förderung von Nachwuchstalente sind dabei zentrale Elemente, um Vorarlberg fit für die Zukunft zu machen. Mit einem klaren Bekenntnis zu sozialer Verantwortung und wirtschaftlicher Vernunft stellen wir sicher, dass der Wohlstand in unserem Land nachhaltig und gerecht verteilt wird.

Das wollen wir konkret:

1. Stärkung regionaler KMU durch faire Ausschreibungsrichtlinien

Um Vorarlberger Unternehmen zu stärken, sollen öffentliche Ausschreibungen an strenge Bedingungen geknüpft werden. Erstens müssen Anbieter nachweisen, dass ihre Beschäftigten einen Mindestlohn von 2000 €brutto pro Monat erhalten, um an Ausschreibungen teilnehmen zu können. Zweitens müssen bei der Vergabe von Aufträgen die CO₂-Emissionen sowohl bei der Produktion als auch beim Transport berücksichtigt werden. Diese Emissionen dürfen 100 % der branchentypischen Durchschnittswerte in Vorarlberg nicht überschreiten, und Abzüge erfolgen, wenn diese Werte nicht eingehalten werden. Diese ökologischen Kriterien sollen mindestens ein Drittel und maximal 50 % der Gesamtbewertung ausmachen, um nachhaltigen und regionalen Anbietern faire Chancen zu bieten. Diese Regeln gelten für alle öffentlichen Einrichtungen, landeseigenen Unternehmen und deren Partner.

2. Planungssicherheit durch verlässliche Strompreise

Um die wirtschaftliche Stabilität in Vorarlberg zu gewährleisten, ist es entscheidend, dass Unternehmen im produzierenden Gewerbe und der Industrie langfristig mit stabilen und planbaren Strompreisen rechnen können. Vorarlberg profitiert von grundsätzlich attraktiven Strompreisen, doch globale Krisen haben in der Vergangenheit zu großen Verwerfungen auf den Energiemärkten geführt und die Inflation angeheizt. Zur Sicherung eines stabilen Preisniveaus soll für die Strompreise eine Deckelung eingeführt werden: Unternehmen sollen für Strommengen, die aus der Eigenproduktion der VKW stammen, maximal 6 Cent pro kWh netto zahlen. Für Strommengen, die zugekauft werden, gilt der Selbstkostenpreis mit einer Marge von maximal 10 %.

3. Besserer Zugang zu Kapital für KMU und Startups

Vorarlberger KMU und Startups sollen besseren Zugang zu Kapital erhalten, um wachsen zu können. Die öffentliche Hand und von ihr beeinflusste Banken werden dabei unterstützt, geeignete Finanzierungsinstrumente zu schaffen, die Unternehmen die notwendigen Mittel bereitstellen.

4. Kompetenzzentrum zur Förderung von Innovationen bei EPU und KMU

Zur Unterstützung von KMU und Ein-Personen-Unternehmen (EPU) wird ein Kompetenzzentrum geschaffen, das sie bei der Umsetzung neuer digitaler Technologien begleitet. Zusätzlich sollen Inkubatoren und Acceleratoren am Standort Vorarlberg angesiedelt werden, um Jungunternehmer das nötige Know-how für die Entwicklung ihrer Projekte zu bieten.

5. Ausbildungsoffensive von Nachwuchstalenten

Vorarlberger Fachhochschulen sollen einen verstärkten Fokus auf digitale Technologien legen. Dazu soll das Land Vorarlberg Studierende mit Landesstipendien unterstützen und die Errichtung eines Studentenheims in Wien, das vergünstigte Wohnplätze für jene anbietet, die nach dem Studienabschluss in Vorarlberg ihre berufliche Laufbahn fortsetzen wollen. Die Vorarlberger Wirtschaft wird eingeladen sich an diesen Programmen und an ihrer Finanzierung im Sinne einer Public-Private-Partnership zu beteiligen und bekommen dafür Zugang zu Talenten und innovativen Geschäftsmodellen. Insgesamt sollen damit zumindest 20 Millionen jährlich in den Aufbau eines zukunftsfähigen Startup-Ökosystems investiert werden.



MOBILITÄT

Wir stehen für eine gerechte, nachhaltige und soziale Verkehrspolitik, in der sich alle Verkehrsteilnehmer:innen wiederfinden. Ziel ist es, allen eine bezahlbare, zuverlässige und umweltfreundliche Mobilität zu ermöglichen. Dazu gehört der Ausbau und die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs, um eine attraktive Alternative zum Individualverkehr zu schaffen. Öffentliche Verkehrsmittel müssen deshalb flächendeckend verfügbar sein, um die Mobilitätsbedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen abzudecken. Die wichtigsten Verbindungen sollen dabei rund um die Uhr getaktet werden.

Investitionen in den öffentlichen Verkehr schaffen nicht nur Arbeitsplätze, sondern tragen auch zur Reduktion von CO₂-Emissionen bei. Wir verfolgen das ehrgeizige Ziel, dass Bus- und Bahnfahren in Vorarlberg mittelfristig kostenfrei wird. Damit wird das eigene Auto für viele nicht mehr notwendig. Wir verringern soziale Ungleichheiten und machen Mobilität allen Einkommensgruppen zugänglich.

Schließlich ist die Förderung von Elektromobilität und der Ausbau der Ladeinfrastruktur ein zentraler Bestandteil unserer Politik, um den Übergang zu einer emissionsfreien Mobilität zu beschleunigen. Als SPÖ möchten wir Vorarlberg zu einer Vorzeigeregion für nachhaltige Mobilität machen.

Das wollen wir konkret:

1. Kostenfreies Maximo-Ticket für alle bis 25 Jahren

Wir verstehen Mobilität als Grundrecht. Deshalb werden wir in einem ersten Schritt Bus und Bahn für alle bis 25 Jahren kostenfrei machen. Langfristig wird der öffentliche Verkehr dann für alle in Vorarlberg gratis sein.

2. Starker Ausbau des Radwegenetzes, insbesondere auch in den Bregenzerwald

Immer mehr wollen auf das Fahrrad umsteigen. Oft müssen sich Radfahrer:innen aber Straßen mit Autos teilen, bei denen es regelmäßig zu Gefahrensituationen bis hin zu

schweren Unfällen kommt. Wir werden das Radwegenetz ausbauen, um größtmögliche Sicherheit zu garantieren. Insbesondere möchten wir auch, dass nach jahrelangen Diskussionen endlich ein Radweg vom Rheintal in den Bregenzerwald führt.

3. Unterirdischer Gleisusbau im unteren Rheintal

Der Bahn gehört die Zukunft. Die Bahnverbindung zwischen Österreich und Deutschland wird aber seit Jahrzehnten eingleisig geführt. Das Gleis ist deshalb schon längst an der Kapazitätsgrenze angelangt. Die beste Möglichkeit des Ausbaus ist hier unterirdisch. Damit werden wir das Bodenseeufer als Naherholungsgebiet in einer ganz neuen Qualität auf und tragen gleichzeitig dazu bei, dass viel mehr Güter als bisher von der Straße auf die Schiene verlagert werden können.

4. Autobahnverbindung zwischen Österreich und der Schweiz

Im Rheintal verläuft die Schweizer Autobahn parallel zur A14 in Vorarlberg. Zwischen den beiden Straßen gibt es aber keine direkte Verbindung, der gesamte Verkehr rollt durch unsere Orte. Um die Gemeinden von der Verkehrslawine zu befreien, setzen wir uns für eine Autobahnverbindung zwischen Österreich und der Schweiz ein.

5. Umsetzung der „Südeinfahrt“ in Feldkirch, damit der Pendlerverkehr nach Liechtenstein eine bestechende Alternative zum Auto durch den Zug erhält

Es reicht nicht aus, die bestehende Bahnstrecke zwischen Feldkirch und Liechtenstein bis zur Grenze nur zweigleisig auszubauen. Feldkirch braucht eine neue Südeinfahrt für die Bahn! Von der Grenze bei Tisis, vorbei an Schulzentrum und Reichenfeld Rösslepark bis zum Bahnhof Feldkirch. Das ist die wirksamste Maßnahme, um den Grenzverkehr von der Straße zu bringen.



UMWELT, KLIMA, TIERSCHUTZ und LANDWIRTSCHAFT

Die Natur ist unsere Lebensgrundlage. Darum gilt es sie zu schützen und zu bewahren. Für uns ist der Einsatz für eine intakte Umwelt und das Klima direkt mit dem Kampf für soziale Gerechtigkeit verbunden. Wir setzen auf eine deutliche Reduktion der Treibhausgasemissionen und einen schnellen Umstieg auf erneuerbare Energien, um die Klimakrise zu bewältigen.

Aus diesem Grund stehen wir für eine nachhaltige Landwirtschaft, die auf regionale Produktion und ökologische Standards setzt. Der Erhalt der Artenvielfalt und der Schutz natürlicher Lebensräume sind zentrale Anliegen unserer Politik.

Nachhaltige Raumplanung und eine grüne Infrastruktur sind für uns essenziell, um Städte und Orte lebenswerter und umweltfreundlicher zu gestalten. Der Ausbau von Grünflächen und Naherholungsgebieten sowie die Renaturierung von Flüssen und Moorgebieten verbessern die Lebensqualität und tragen zum Klimaschutz bei. Wir setzen auf eine Wirtschaft, die ökologische Innovationen fördert und umweltfreundliche Arbeitsplätze schafft.

Das wollen wir konkret:

1. Klimawandelanpassungsstrategien umsetzen

Wir starten einen Aktionsplan aufgrund der Hitzewellen, die immer häufiger auftreten, länger anhalten und während der Nacht kaum Abkühlung zulassen. Entscheidend für die Zukunft ist es, in den Städten und Orten für das richtige Mikroklima zu sorgen: Mehr Begrünungen, Beschattungen und die Schaffung schöner öffentlicher Plätze, die auch an heißen Tagen zum Verweilen einladen. Bei neuen Bauwerke muss stärker als bisher beschränkt werden, wie viel Bodenanteil dafür versiegelt werden darf. Mit dem Blick auf leistbares Wohnen muss auch der Blick auf Begrünung, Beschattung, Versickerung und somit Lebensqualität einhergehen.

2. Landwirt:innen, die auf Bio-Betrieb umstellen, fördern

Mit der SPÖ in der Regierung wird es eine Landesförderung für landwirtschaftliche Betriebe geben, die auf Bio umstellen. Damit tragen wir aktiv zur Wende in der Landwirtschaft bei. Zudem wird das Land bei der Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen Biobetriebe bevorzugen. Damit stellen wir sicher, dass sich Biobetriebe gut entwickeln können.

3. Kompetenzzentrum für Klimaschutz in Vorarlberg errichten

Wir errichten in Vorarlberg ein Klimaschutz-Kompetenzzentrum für Westösterreich. Damit schaffen wir einerseits zusätzliche Ausbildungsplätze für von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen und wirken gleichzeitig dem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in allen Bereichen der klimaneutralen Wirtschaft frühzeitig entgegen.

4. Effektiver Tierschutz: Tiertransporte abschaffen

Seit Jahren machen quälende Transporte von Kälbern aus Vorarlberg in weit entfernte Länder negative Schlagzeilen. Die Grundlage dieser Misere: Trotz der starken Orientierung der Landwirtschaft auf Milchwirtschaft ist der seit Jahren versprochene Schlachthof bei uns im Land immer noch nicht umgesetzt. Wir werden Landwirte dabei unterstützen, den Umstieg in andere Bereiche zu ermöglichen und gleichzeitig endlich einen Schlachthof in Vorarlberg umsetzen. Damit wird es keine Tiertransporte mehr geben.

5. Ausbau von Photovoltaikanlagen durch Bürger:innenbeteiligungs-Projekte

Wenn auf gemeinde- und landeseigenen Gebäuden Photovoltaikanlagen errichtet werden, schaffen wir für Bürger:innen die Möglichkeit, sich an einer solchen Anlage zu beteiligen. Damit geben wir den Vorarlberger:innen auch die Möglichkeit, sich wirtschaftlich zu betätigen.



FRAUEN und GLEICHSTELLUNG

In Vorarlberg ist das Durchschnittseinkommen von Frauen im Vergleich zu jenem von Männern so niedrig wie sonst nirgendwo in Österreich. Das hat damit zu tun, dass Frauen verhältnismäßig oft in unsicheren und schlechter bezahlten Jobs arbeiten und aufgrund von Betreuungspflichten für Kinder und pflegebedürftige Angehörige verstärkt einer Teilzeit-Erwerbstätigkeit nachgehen. Ein großer Teil ihrer Arbeit ist deshalb unbezahlt. Es müssen genügend Kinderbetreuungsplätze geschaffen werden und Angebote für die Pflege von Angehörigen vorhanden sein, damit sich Frauen wie Männer frei dafür entscheiden können, wie viel und wo sie arbeiten möchten.

Bei den Gehältern tragen das Land Vorarlberg und die Gemeinden eine große Verantwortung. Denn im eigenen Wirkungsbereich sind in gewissen Berufsfeldern besonders viele bzw. hauptsächlich Frauen angestellt, etwa in der Elementarpädagogik (Kleinkinderbetreuung und Kindergarten) oder in der Pflege. Hier muss das Land mit gutem Beispiel vorangehen und deutlich bessere Gehälter zahlen.

Entscheidungsfreiheit bedeutet auch, sich im Falle einer ungewollten Schwangerschaft ohne finanzielle Barrieren für einen Abbruch entscheiden zu können. Im vergangenen Jahr haben wir es erreicht, dass Schwangerschaftsabbrüche im Landeskrankenhaus Bregenz durchgeführt werden können. In einem nächsten Schritt möchten wir, dass dies kostenfrei als Kassenleistung angeboten wird.

Das wollen wir konkret:

1. Deutlich bessere Bezahlung in Berufsfeldern, die vor allem von Frauen ausgeübt werden sowie flexible Pensionsmodelle gegen Altersarmut

Berufe, die vor allem von Frauen ausgeübt werden, sind meist schlechter bezahlt als typische „Männerberufe“. Weil viele von ihnen im öffentlichen Bereich angesiedelt sind, hat das Land die Möglichkeit, hier gestaltend einzugreifen. Wir sorgen dafür, dass insbesondere Elementarpädagog:innen und Pflegekräfte deutlich besser bezahlt werden als bisher.

Das wird dazu führen, dass auch die Gehälter in anderen Branchen steigen werden.

Auch die mangelnden Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie führen dazu, dass Frauen im Alter deutlich niedrigere Pensionen erhalten als Männer. Während Männer durchschnittlich 2200 Euro Pension beziehen, sind es bei Frauen nur 1100 Euro. Altersarmut bleibt weiterhin ein weibliches Problem. Daher fordern wir Maßnahmen zur Schließung der Pensionslücke, um eine gerechte Altersversorgung für Frauen zu gewährleisten.

2. Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr kostenfrei (siehe Bildung und Familien)

Kosten für Kleinkinderbetreuung und Kindergarten sind nach wie vor eine große Barriere für Frauen, wieder in den Beruf einzusteigen. Die SPÖ wird all diese Einrichtungen kostenfrei machen und einen Rechtsanspruch für die Betreuung ab dem 1. Lebensjahr umsetzen, die Schließtage reduzieren, die Öffnungszeiten so erhöhen, dass sie für beide Elternteile eine Berufstätigkeit erlauben und die Zeiten der verschiedenen Einrichtungen einander angleichen.

3. Schutz vor Gewalt für alle

Gewalt gegen Frauen ist auch in Vorarlberg ein alarmierendes Problem, dem dringend begegnet werden muss. Wir setzen uns für die Einrichtung von Gewaltschutzambulanzen ein, die nicht nur Frauen, sondern präventiv auch Männer unterstützen können. Diese Einrichtungen sollen präventiv und nachhaltig wirken und als Anlaufstellen dienen, bevor es zu Gewalt kommt. Ein umfassender Gewaltschutz ist essenziell, um die Sicherheit aller Betroffenen zu gewährleisten. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, dass eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung der Gewaltschutzeinrichtungen sichergestellt wird, um deren effektive Arbeit langfristig zu gewährleisten.

4. Kostenlose Menstruationsprodukte in allen öffentlichen Einrichtungen und Kostenfreie Verhütung

Frauen geben während ihrer gesamten Zyklusdauer für Binden, Tampons sowie Schmerzmittel bis zu 3.400 Euro aus. In Zeiten der Teuerung leiden Frauen und Mädchen ganz besonders unter den hohen monatlichen Kosten. Wir sorgen dafür, dass es in Vorarlberg an Schulen und öffentlichen Toiletten kostenfreie Menstruationsartikel gibt.

Verhütung bleibt überwiegend in der Verantwortung der Frauen, von denen die Hälfte die damit verbundenen Kosten selbst trägt. Die Wahl der Verhütungsmethode hängt oft vom Einkommen ab, sodass sich viele Frauen Verhütungsmittel nicht leisten können, was zu ungewollten Schwangerschaften und Abbrüchen führt. Wir werden Verhütungsmittel in Vorarlberg kostenlos zur Verfügung stellen, um insbesondere Frauen zu entlasten und die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche erheblich zu reduzieren.

5. Möglichkeit auf kostenfreien Schwangerschaftsabbruch in Landeskrankenhäusern

In Vorarlberg haben allen voran die SPÖ Frauen lange und hart dafür gekämpft, dass Schwangerschaftsabbrüche in den Landeskrankenhäusern durchgeführt werden können. Ein Schwangerschaftsabbruch kostet derzeit 720 Euro. Der Schwangerschaftsabbruch ist die einzige Gesundheitsleistung, die im Strafrecht festgehalten ist. Mit der SPÖ kommt der Schwangerschaftsabbruch raus aus dem Strafgesetzbuch und wird legal, kostenfrei und im Landeskrankenhaus möglich sein.



ASYL und INTEGRATION

Migration erfordert lösungsorientierte politische Arbeit und keine ideologischen Debatten. Eine humane und vernünftige Migrationspolitik stärkt Österreich und sorgt für einen respektvollen Umgang mit allen Menschen.

Das trifft besonders auf Menschen zu, die in Österreich bzw. Vorarlberg Schutz suchen. Integration muss schnell und effektiv erfolgen, damit Geflüchtete rasch ihren Beitrag zur Gesellschaft leisten können. Lange Asylverfahren schaden sowohl den Flüchtlingen als auch der österreichischen Bevölkerung. Asylverfahren sollten daher zügig und rechtsstaatlich korrekt durchgeführt werden. Wir stärken die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, indem wir Chancengleichheit und Teilhabe in allen Lebensbereichen fördern und aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben nicht nur ermöglichen, sondern auch einfordern.

Österreichs Arbeitsmarktpolitik hat bisher das Potenzial von Geflüchteten vernachlässigt, obwohl viele Branchen wie Pflege, Gastronomie und IT Nachwuchs benötigen. Integration in den Arbeitsmarkt ist der Schlüssel zur Nutzung dieses Potenzials.

Das Integrationsjahr, eingeführt unter der Regierung Kern, sollte wiederbelebt werden. Es bietet arbeitsfähigen Geflüchteten Sprachkurse, Berufsorientierung und Qualifizierungsmaßnahmen. Junge Geflüchtete benötigen spezielle Angebote, um ihre Integration und berufliche Entwicklung zu fördern.

Ein schneller Arbeitsmarktzugang ist entscheidend für erfolgreiche Integration, daher sollte das Integrationsjahr auch für Asylwerber mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit verpflichtend sein.

Das wollen wir konkret:

1. Wiedereinführung der Nachbarschaftshilfe

Die Nachbarschaftshilfe der Caritas gab bis 2016 Asylwerber:innen die Möglichkeit, während des Wartens auf den Asylbescheid, Dienste für gemeinnützige Organisationen, Gebietskörperschaften und Privatpersonen zu verrichten. Im Gegenzug erhielt die Caritas eine Spende, wovon die helfenden Asylwerber:innen einen kleinen Teil als Entlohnung erhielten. Dieses Modell wurde 23 Jahre lang erfolgreich praktiziert und sowohl von der Bevölkerung als auch von den Asylwerbenden gut angenommen. Für uns führt kein Weg daran vorbei: Dieses Erfolgsmodell muss wiedereingeführt werden!

2. Integrationsjahr umsetzen

Das Integrationsjahrgesetz hat zum Ziel, Asylberechtigten, subsidiär Schutzberechtigten und Asylbewerber:innen mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit zu helfen. Es soll ihnen durch Maßnahmen wie Sprachkurse und Arbeitsmarktintegration ermöglichen, besser in die Gesellschaft aufgenommen zu werden und sich wirtschaftlich selbst zu versorgen. Bislang wurde das Gesetz aber noch nicht umgesetzt. Wir setzen uns dafür ein, dass es das Integrationsjahr nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Realität gibt.

3. Die Empfehlungen der Kindeswohlkommission im Asyl- und Fremdenrecht umsetzen

Die Kindeswohlkommission empfiehlt, das Wohl der Kinder im Asyl- und Fremdenrecht zu priorisieren und Asylverfahren für Kinder und Familien zu beschleunigen. Besondere Schutzmaßnahmen und Unterstützung, einschließlich geeigneter Unterbringung und Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, sollen gewährleistet werden. Es wird betont, dass Kinderrechte konsequent umgesetzt und institutionell überwacht werden müssen. Abschiebungen von integrierten Kindern und ihren Familien sollte es nicht geben. Wir unterstützen diese Empfehlungen voll und ganz, da sie dazu beitragen, die Situation und die Rechte von Kindern im Asylverfahren zu verbessern

4. Integration ab dem ersten Tag

Integration vor Zuzug – das ist unser klares Prinzip. Integration bedeutet, dass man Deutsch lernt, einen Beruf hat und sich in die Gesellschaft einbringt. Wir müssen Menschen, die zu uns kommen, ein klares Ziel geben, einen Integrations-Kompass: Das sind unsere unverrückbaren Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Frauenrechte. Integration scheitert oft auch an fehlenden Angeboten. Darum braucht es Deutschkurse ab dem ersten Tag, kleine Unterkünfte, die einen besseren Kontakt zur Bevölkerung ermöglichen anstelle von Massenquartieren und die Wiedereinführung des verpflichtenden Integrationsjahres.

5. Schutz und Sicherheit in und für Vorarlberg

Die allermeisten Menschen, die nach Vorarlberg kommen, tun das, weil sie sich ein neues Leben in Sicherheit in Vorarlberg aufbauen wollen. Wer gegen Gleichberechtigung, Demokratie und Menschenrechte ist, wer Attentate gutheißt, bei dem ist jeder Integrationsversuch gescheitert. Wer schwere Straftaten begeht, dem muss mit der vollen Härte unseres Rechtsstaates begegnet werden. Das reicht von hohen Haftstrafen bis hin zu Abschiebung, wenn diese im Rahmen unseres Rechtsstaats möglich ist.



INKLUSION

Unser Land hat sich zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet, welche besagt, dass Menschen mit Behinderung das Recht haben, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Um dies zu erreichen, ist die Gleichstellung mit anderen Arbeitnehmer:innen erforderlich.

Viele Menschen mit Behinderung arbeiten in Werkstätten und tagesstrukturellen Einrichtungen, wo sie wichtige Güter des täglichen Bedarfs herstellen. Leider bekommen sie oft nur ein Taschengeld statt eines fairen Lohns, haben keinen Betriebsrat und sind nicht pensionsversichert.

Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert eine gesetzliche Kranken- und Pensionsversicherung für Menschen mit Behinderung. Österreich und damit auch Vorarlberg haben hier Aufholbedarf. Viele Menschen mit Behinderung arbeiten in sogenannten Tagesstrukturen, oft in Werkstätten mit einfachen Tätigkeiten. Da diese Tagesstrukturen nicht als reguläre Arbeitsverhältnisse anerkannt werden, erhalten die Beschäftigten kein angemessenes Gehalt, sondern nur Taschengeld. Dies führt dazu, dass sie keine eigenen Pensions- und Krankenversicherungsansprüche haben und ihr Leben lang von der Familie oder Institutionen abhängig sind, was sie in ständiger Armutsgefahr hält.

Ein Beispiel für eine positive Entwicklung ist eine Werkstätte in Salzburg, die ihre Beschäftigten nach dem Metaller-Kollektivvertrag bezahlt. Das zeigt, dass es auch anders gehen kann. Wir werden auch Betriebe in Vorarlberg davon überzeugen, diesem Beispiel zu folgen!

Das wollen wir konkret:

1. Das Land Vorarlberg muss mit positivem Beispiel vorangehen

Gemäß dem Gesetz sind Unternehmen mit 25 oder mehr Beschäftigten verpflichtet, auf jeweils 25 Beschäftigte mindestens eine begünstigte behinderte Person einzustellen. Das

Land Vorarlberg kommt dieser Pflicht nicht nach, über 130 Stellen sind unbesetzt! Wir sorgen dafür, dass es für Menschen mit Behinderung diese Stellen endlich gibt.

2. Lohn statt Taschengeld in Einrichtungen der Behindertenhilfe

Wir setzen uns für ein bundesweites Gesetz ein, das Schluss macht mit „Taschengeld“-Zahlungen, denn echte Arbeit muss mit echtem Lohn bezahlt werden. Gleichzeitig setzen wir im Land selbst alle Hebel in Bewegung, dass Werkstätten ihren Mitarbeiter:innen mit Behinderung einen Lohn gemäß Kollektivvertrag bezahlen.

3. Selbsthilfeinitiativen aktiv unterstützen

Selbsthilfeinitiativen sind eine wichtige und zentrale Stütze im Bereich des inklusiven Gemeinwesens. Dabei geht es darum, das Expert:innenwissen und das Engagement von Betroffenen und deren Angehörigen aktiv und wertschätzend zu unterstützen bzw. zu begleiten. Konkret bedeutet das etwa, diesen Initiativen die strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen für ihre Arbeit zu garantieren. Wir setzen uns für eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Verwaltung und Initiativen ein und dass sie jene Mittel bekommen, die sie benötigen.

4. Angebote in einfacher Sprache ausbauen

Mehr Angebote in einfacher Sprache helfen, dass alle Menschen am politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Besonders Menschen mit Lernschwierigkeiten, Sprachproblemen oder einer Leseschwäche, verstehen so wichtige Informationen besser. Das stärkt die Demokratie, weil alle Bürger:innen mitreden und mitbestimmen können. Solche Angebote sollten im öffentlichen Raum, auf behördlichen Websites, bei Gesundheitsinformationen oder in den Medien zu finden sein, damit wichtige Themen klarer und verständlicher für alle vermittelt werden.

5. Gebärdensprachdolmetsch für Kultur- und Nachrichtensendungen

Das Angebot an Dolmetschangeboten in Gebärdensprache möchten wir schrittweise ausbauen. Die wichtigsten Formate bei Kultur- und Nachrichtensendungen im Fernsehen sollten jedenfalls gebärdensprachgedolmetscht werden, damit auch gehörlose Menschen Zugang zu aktuellen Informationen haben. Dies fördert ihre gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und ermöglicht es ihnen, informierte Entscheidungen zu treffen. Dolmetschen in Gebärdensprache stellt sicher, dass Nachrichten über Politik, Gesundheit und andere wichtige Themen barrierefrei vermittelt werden, was die Inklusion und das Verständnis für alle Bürger:innen stärkt. Damit wird auch ein wesentlicher Beitrag zur Chancengleichheit in der Demokratie geleistet.



KULTUR

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wird der Mensch als soziales, kulturelles Wesen beschrieben. Demgemäß wird das Recht eines jeden Menschen auf Teilhabe am sozialen, kulturellen Leben als Menschenrecht anerkannt. Kunst und Kultur fördern die Freiheit und helfen uns, die Welt zu verstehen. Eine offene und vielfältige Kulturpolitik ist wichtig, um gesellschaftlichen Fortschritt und Emanzipation zu unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass Kultur nicht nur auf die „Hochkultur“ beschränkt bleibt, sondern allen zugänglich ist.

Denn wir sind überzeugt: Kulturelle Bildung ist ein Grundrecht und ein zentraler Bestandteil sozialer Gerechtigkeit. Jeder Mensch soll am kulturellen Leben teilhaben können, unabhängig von Herkunft oder sozialer Stellung. Deshalb wollen wir, dass kulturelle Angebote, die für alle kostenfrei zugänglich sind, stark ausgebaut und fest verankert werden. Gleichzeitig fördern wir künstlerisches Schaffen und den kritischen Umgang mit Kultur. Öffentliche Kulturfinanzierung ist für uns essenziell, um verlässliche Rahmenbedingungen für eine vielfältige und innovative Kunst zu schaffen. Wir achten besonders auf Geschlechtergerechtigkeit und die Förderung von Frauen, die in der Kunst oft benachteiligt sind. Zeitgenössische und experimentelle Kunst sowie junge Künstler:innen sollen gezielt unterstützt werden.

Soziale Absicherung für Kunst- und Kulturschaffende ist uns ein Anliegen. Viele arbeiten unter prekären Bedingungen und fallen oft aus den sozialen Sicherungssystemen heraus. Wir setzen uns dafür ein, dass ihre Arbeit fair bezahlt wird und die sozialen Rahmenbedingungen verbessert werden.

Das wollen wir konkret:

1. Anhebung des Kunst- und Kulturbudgets anteilig am BIP

Wenn das Budget „in Zahlen gegossene Politik“ ist, dann ist das ein denkbar schlechtes Zeugnis für die Kulturpolitik im Land. Denn seit Jahren wurde es nicht wesentlich nach

oben angepasst, real kam es sogar zu Einsparungen. Wir wollen einen deutlichen Paradigmenwechsel, indem für die Kultur ein Betrag anteilig am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausgegeben wird. In einem ersten Schritt soll das Kulturbudget mindestens 0,5 Prozent des BIP betragen.

2. Kultur allen zugänglich machen

Die erfolgreiche Initiative „Hunger auf Kunst und Kultur“ zeigt, wie groß das Bedürfnis nach Teilhabe an kulturellen Angeboten ist. Wir sorgen dafür, dass solche leistbaren bzw. kostenlose Kulturangebote in Vorarlberg weiter ausgebaut werden. Dafür setzen wir auf Kooperationen zwischen Kultureinrichtungen und dem Land. Unser Ziel ist es, dass Kultur allen in Vorarlberg einfach zugänglich gemacht wird.

3. Kultur Raum geben

Die kulturelle Infrastruktur ist der Schlüssel zu einem lebendigen Vorarlberg. Wir wollen Kunst und Kultur in jeder Gemeinde verankern. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Räume für Kreativität dauerhaft gesichert und ausgebaut werden. Vorarlberg braucht moderne Kulturorte, neue Bühnen und ausreichend Proberäume. So schaffen wir ein vielfältiges Angebot für alle Menschen in unserer Region. Kulturelle Teilhabe darf keine Frage des Wohnorts sein. Wir kämpfen dafür, dass Kunst und Kultur in Vorarlberg für jeden erreichbar und erlebbar sind.

4. Zwei Semester kostenfreier Instrumentalunterricht für alle Kinder bis 14 Jahre

Jedes Kind sollte die Chance haben, seine kreativen Fähigkeiten zu entdecken und zu entfalten, unabhängig vom sozialen oder finanziellen Hintergrund. Musikalische Bildung fördert nicht nur kognitive und soziale Kompetenzen, sondern stärkt auch das Gemeinschaftsgefühl und die kulturelle Identität. Mit zwei kostenfreien Semestern für das Erlernen eines Instruments wollen wir die Chancengleichheit stärken und allen Kindern die Möglichkeit geben, die Freude an Musik zu erleben.

5. „Masterplan Kultur“ für Vorarlberg erarbeiten

Kultur ist kein Luxus, sondern ein Grundrecht, das Bildung, Zusammenhalt und Identität stärkt. Wir möchten deshalb den Raum dafür schaffen, dass Kulturschaffende, Kulturinstitutionen und Bildungseinrichtungen gemeinsam an einem „Masterplan“ arbeiten, der Kultur ganzheitlich im Blick hat und die Grundpfeiler der Kulturstrategie für die nächsten 10 Jahre aufstellt. Eine solche Strategie fördert nicht nur den Zugang zu Kultur, sondern stärkt auch die sozialen Strukturen und das Gemeinschaftsgefühl in unserem Land.



SICHERHEIT

Sicherheit ist ein Grundpfeiler einer gerechten, demokratischen und sozialen Gesellschaft. Damit Vorarlberg sicher bleibt, brauchen wir eine gut ausgestattete und motivierte Polizei, die als Partnerin der Bevölkerung agiert. Die SPÖ Vorarlberg setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung und moderne Ausrüstung ein, damit unsere Polizist:innen ihre anspruchsvolle Arbeit bestmöglich ausüben können. Denn nur wenn diejenigen, die für unsere Sicherheit sorgen, selbst sicher und zufrieden sind, kann eine funktionierende Gesellschaft bestehen.

Der akute Personalmangel in den Polizeidienststellen Vorarlbergs ist alarmierend. Um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, müssen wir sowohl die Attraktivität des Polizeiberufs steigern als auch die aktuellen Beamtinnen und Beamten unterstützen. Die SPÖ Vorarlberg fordert daher gezielte Maßnahmen zur Personalgewinnung, wie etwa eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, attraktive Karriereperspektiven sowie ein klares Bekenntnis zu einem wertschätzenden Arbeitsklima. Besonders wichtig ist es, dass die Arbeitsbelastung reduziert wird und Überstunden zur Ausnahme werden. Nur so können wir verhindern, dass im Polizeibedienstete durch Überlastung den Dienst quittieren.

Eine starke Polizeipräsenz ist nur dann möglich, wenn wir genügend gut ausgebildete und motivierte Polizistinnen und Polizisten haben. Neben einer attraktiven Entlohnung und einem modernen Arbeitsplatz ist es entscheidend, das gesellschaftliche Ansehen des Polizeiberufs zu stärken. Respekt und Unterstützung aus der Bevölkerung sind unverzichtbar. Die SPÖ Vorarlberg wird sich dafür einsetzen, dass unsere Polizei die Wertschätzung und Unterstützung erhält, die sie verdient, um unsere Gemeinschaft sicher und lebenswert zu halten.

Das wollen wir konkret:

1. Adaptierung des Dienst- und Besoldungssystems umsetzen

Das Land Vorarlberg soll sich aktiv dafür einsetzen, dass das Dienst- und Besoldungssystem der Polizei auf Bundesebene an die heutigen Anforderungen angepasst wird. Dies

umfasst eine gerechtere Bezahlung, die die Herausforderungen und Risiken des Polizeiberufs angemessen berücksichtigt. Durch gezielte Anpassungen könnten sowohl der Beruf attraktiver gestaltet als auch bestehende Polizeikräfte langfristig gehalten werden.

2. Teuerungs- oder Westzulage für unsere Polizist:innen umsetzen

Aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten in Vorarlberg ist eine zusätzliche finanzielle Unterstützung für Polizistinnen und Polizisten notwendig. Das Land Vorarlberg muss daher beim Bundesministerium für Inneres für eine spezielle Teuerungs- oder Westzulage erwirken, die die erhöhten Kosten für Wohnen und Leben in dieser Region ausgleicht. Dies würde den Beruf attraktiver machen und dazu beitragen, den Personalmangel in der Region zu reduzieren.

3. Geförderte Wohnungen für Polizeipersonal

Bezahlbarer Wohnraum für Polizistinnen und Polizisten ist notwendig, um ihnen angesichts der hohen Lebenshaltungskosten in Vorarlberg eine bezahlbare Wohnsituation zu ermöglichen und sie langfristig im Land zu halten. Gleichzeitig würde ein leistbares Wohnungsangebot den Polizeiberuf attraktiver machen und helfen, den akuten Personalmangel zu lindern.

4. Stärkere Unterstützung beim Aufbau und Unterhalt eines Gemeindefachkörpers

Um die Sicherheit auf lokaler Ebene zu stärken, sollten die Gemeinden und Städte in Vorarlberg beim Aufbau und der Finanzierung eigener Gemeindefachkörper unterstützt werden. Diese lokalen können eine höhere Präsenz in den Gemeinden gewährleisten. Durch gezielte finanzielle und logistische Unterstützung des Landes könnten diese Wachkörper besser ausgestattet und unterhalten werden.

5. Kostenlose Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln für Polizist:innen – mit Dienstausweis:

Um Polizist:innen zu entlasten und ihre Mobilität zu fördern, sollte ihnen – analog zu Wien – die kostenlose Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel ermöglicht werden. Dies reduziert nicht nur ihre persönlichen Ausgaben, sondern erhöht auch gleichzeitig ihre Präsenz in der Öffentlichkeit, da sie sich jederzeit in den Dienst stellen könnten, wenn Gefahr im Verzug ist. Eine solche Maßnahme wäre ein wertvolles Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung für ihren täglichen Einsatz.



JUGEND

Es ist unsere Pflicht, unserer Jugend die bestmöglichen Chancen zu bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass alle jungen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft Zugang zu einer hochwertigen Bildung und Ausbildung erhalten. Chancengleichheit bedeutet für uns, dass niemand aufgrund von finanziellen oder sozialen Barrieren benachteiligt wird. Deshalb fördern wir eine Politik, die Ausbildung und Weiterbildung für alle Jugendlichen zugänglich macht.

Neben der schulischen und beruflichen Bildung legen wir großen Wert auf die Stärkung der sozialen und demokratischen Kompetenzen junger Menschen. Wir wollen, dass die Jugend aktiv in politische Entscheidungsprozesse einbezogen wird und ihre Stimme Gehör findet. Um das zu erreichen, fordern wir eine stärkere Beteiligung der Jugend an der Gestaltung ihrer Zukunft, sei es in der Schule, am Arbeitsplatz oder in der Politik.

Wir sehen es als Aufgabe des Staates, junge Menschen vor Ausbeutung und Prekarisierung zu schützen und ihnen sichere und faire Arbeitsbedingungen zu garantieren. Darüber hinaus setzen wir uns für ein soziales Sicherungsnetz ein, das junge Menschen in Krisensituationen unterstützt. Denn nur wenn die Jugend in einer gerechten und solidarischen Gesellschaft aufwächst, kann sie selbstbestimmt und zuversichtlich in die Zukunft blicken.

Das wollen wir konkret:

1. Konsumfreie Räume erhalten und erweitern

Wir schaffen weitere Räume, in denen sich Jugendliche frei von Konsumzwängen aufhalten können. Unsere Jugendlichen sind keine Urlauber:innen, sondern wachsen hier auf. Die zunehmende Tendenz, Kinder und Jugendliche als Störfaktor zu identifizieren und sie aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen, schieben wir einen Riegel vor.

2. Kostenfreies Maximo-Ticket für alle bis 25 Jahre

Wir verstehen Mobilität als Grundrecht. Deshalb werden wir in einem ersten Schritt Bus und Bahn für alle bis 25 Jahren kostenfrei machen. Langfristig wird der öffentliche Verkehr dann für alle in Vorarlberg gratis sein.

3. Vorarlberg wird Modellregion für Schulfach „Politische Bildung“

Die Einführung eines Pflichtfaches "Politische Bildung" ist aus sozialdemokratischer Sicht unerlässlich, um jungen Menschen die notwendigen Kenntnisse und Kompetenzen zu vermitteln, die sie in einer zunehmend komplexen und globalisierten Welt benötigen. Eine fundierte politische Bildung stärkt das Verständnis für Demokratie, Menschenrechte und gesellschaftliche Werte, was besonders in Zeiten wachsender globaler Herausforderungen von zentraler Bedeutung ist. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass Vorarlberg zur Modellregion dafür wird, ab der 7. Schulstufe den Unterrichtsgegenstand „Politische Bildung“ als Pflichtfach einzuführen.

4. Medienoffensive für Jugendliche

Wer morgen eine funktionierende Demokratie möchte, muss junge Staatsbürger:innen zum kritischen Umgang mit Informationen befähigen. Wir schaffen Angebote für Kinder und Jugendliche, in denen sie lernen, sich mit Postings, Videoclips und Nachrichten kritisch auseinanderzusetzen und auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu prüfen und abzuschätzen. Gleichzeitig möchten wir ihnen den Zugang zu Qualitätsmedien erleichtern.

5. Kinderarmut abschaffen mit der „Kindergrundsicherung“

Die Kindergrundsicherung ist ein Modell, mit dem wissenschaftlich erwiesenen Kinderarmut abgeschafft werden kann. Von dieser Maßnahme profitieren alle Kinder. Jene, die in schwierigen Verhältnissen leben, haben besonders viel davon. Wir möchten, dass Vorarlberg zur Modellregion für die Kindergrundsicherung wird.



SENIORINNEN und SENIOREN

Wir setzen uns für die Anerkennung der harten Arbeit und Leistungen der heutigen Pensionist:innen ein, die sich ihre Pensionen selbst erarbeitet haben und dafür niemandem Dank schulden. Sie haben damit die Grundlage für den Wohlstand geschaffen, auf dem wir heute aufbauen. Gerade jene Menschen, die nur noch wenige Jahre vor der Pension stehen, sind aufgrund ihrer Erfahrung eine wichtige Bereicherung in jedem Betrieb. Es ist daher unser Ziel, das Arbeitsleben so zu gestalten, dass die Arbeitnehmer:innen gesund bis zur Pension im Beruf bleiben können und den Ruhestand in Würde genießen.

Nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch im alltäglichen Leben gilt es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sie niemanden aufgrund des Alters ausschließen. Dazu gehört etwa das Recht, Formulare, Anmeldungen etc. auch analog und nicht ausschließlich online erledigen bzw. einreichen zu können.

Barrieren möchten wir aber nicht nur bei Behördengängen abbauen, sondern auch bei der Infrastruktur. Der öffentliche Verkehr und die öffentlichen Gebäude müssen so gestaltet sein, dass sie unabhängig vom Alter problemlos zugänglich sind. Das bedeutet weitergedacht auch, dass öffentliche Einrichtungen nicht noch weiter ausgedünnt werden dürfen. Banken, Postämter und Polizeidienststellen sind wichtige Einrichtungen für die gesamte Bevölkerung, doch gerade für Menschen, die weniger mobil sind, ist es wichtig, dass sich diese Infrastruktur in ihrer Nähe befindet.

Es gibt politische Kräfte, die Politik damit machen, Angst zu schüren, indem sie behaupten, die Pensionen seien zu hoch und das Pensionssystem sei nicht tragbar. Diese Verunsicherung ist jedoch völlig unbegründet und respektlos gegenüber jenen Menschen, die ihr Leben lang dafür gearbeitet haben, im Alter eine Pension zu erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich alle sicher sein können, nach ihrem Arbeitsleben eine sichere Pension zu bekommen. Ein zentraler Aspekt dieser Sicherheit ist für uns auch, dass das Pensionsantrittsalter nicht erhöht wird.

Das wollen wir konkret:

1. Altersgerechte Arbeitsplätze schaffen

Wir sorgen für altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung, um Altersarbeitslosigkeit zu verhindern und ältere Menschen im Berufsleben zu halten. Spezielle Arbeitsmarktprogramme und Fördermaßnahmen sollen insbesondere Langzeitarbeitslosen helfen, wieder in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. So sichern wir, dass ältere Arbeitnehmer:innen ihre Fähigkeiten weiterhin einbringen können und ihre Lebensqualität im Alter erhalten bleibt.

2. Recht auf analoges Leben und Stärkung digitaler Kompetenzen

In der Landesregierung sorgt die SPÖ dafür, dass in Verwaltung und Wirtschaft immer persönliche, schriftliche oder telefonische Möglichkeiten zur Verfügung stehen, anstatt nur auf "online-only" zu setzen. Gleichzeitig sollen spezielle Fördermaßnahmen die digitalen Kompetenzen älterer Menschen stärken, um ihnen den Zugang zur digitalen Welt zu erleichtern. Dennoch ist es uns wichtig, die analoge Welt zu erhalten, damit alle Menschen unabhängig von ihren digitalen Fähigkeiten am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

3. Seniorengerechte Infrastruktur im Hinblick auf Sicherheit und Barrierefreiheit

Die SPÖ Vorarlberg setzt sich für eine seniorengerechte Infrastruktur ein, die Sicherheit und Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und Verkehr gewährleistet. Besonders wichtig ist uns, dass ältere Menschen sich sicher und uneingeschränkt bewegen können, sowohl im öffentlichen Raum als auch im öffentlichen Verkehr. Zusätzlich sollen Förderungen für die Anpassung von Häusern und Wohnungen dazu beitragen, dass Senior:innen möglichst lange selbstständig und in ihrer gewohnten Umgebung leben können.

4. Maßnahmen, um die Ausdünnung der öffentlichen Infrastruktur sowie Alterseinsamkeit zu verhindern

Wir sorgen für den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur, da eine Ausdünnung von essenziellen Diensten wie Polizei, Post und Banken besonders ältere Menschen in ihrer Mobilität und Selbstständigkeit einschränken würde. Pensionist:innen sind oft auf wohnortnahe und leicht zugängliche Einrichtungen angewiesen, um ihre täglichen Bedürfnisse sicher und unabhängig zu erfüllen. Der Erhalt dieser Infrastruktur ist daher entscheidend, um soziale Isolation zu verhindern und die Lebensqualität im Alter zu sichern. Für ein gelingendes Zusammenleben und eine Gesellschaft mit hoher Lebensqualität ist auch der Kampf gegen Einsamkeit entscheidend. Wir unterstützen Maßnahmen und Initiativen, die Altersarmut entgegenwirken und alle ältere Mitbürger:innen am geselligen Leben teilhaben lassen.

5. Pflege mit Würde

Die SPÖ Vorarlberg will eine Ausbildungsinitiative für Pflegeberufe, um den steigenden Bedarf an qualifizierten Pflegekräften zu decken und gleichzeitig attraktive Anreize wie eine Entlohnung analog zur Polizeiausbildung zu schaffen. Zudem setzen wir uns dafür ein, den Zugang zur Schwerarbeitspension für Pflegekräfte zu erleichtern, um ihre harte Arbeit angemessen zu würdigen und ihre Gesundheit zu schützen. Eine Erhöhung der Beitragsgrundlagen bei der Anrechnung der Pflegezeiten auf die Pension stellt sicher, dass pflegende Angehörige im Ruhestand finanziell abgesichert sind und ihre wichtige Arbeit auch im Alter anerkannt wird.



LGTBIQ+ und GLEICHSTELLUNG

Die SPÖ Vorarlberg steht für eine Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität die gleichen Rechte und Chancen haben. Wir setzen uns entschieden dafür ein, Diskriminierungen von LGTBQ+-Personen in allen Lebensbereichen zu bekämpfen, sei es im Arbeitsmarkt, in der Bildung oder im Gesundheitswesen. Gleiche Rechte sind ein unverrückbarer Bestandteil unserer Werte, und es ist unsere Verantwortung, für eine inklusive und gerechte Gesellschaft zu sorgen.

Besonders LGTBQ+-Jugendliche stehen oft vor spezifischen Herausforderungen und erleben Diskriminierungen. Daher setzen wir den Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für junge Menschen um, die sich mit ihrer Identität auseinandersetzen. Schulen und öffentliche Einrichtungen müssen sichere Orte sein, an denen LGTBQ+-Jugendliche respektiert und in ihrer persönlichen Entwicklung unterstützt werden.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Sichtbarkeit und gesellschaftliche Anerkennung von LGTBQ+-Personen. Um Vorurteile abzubauen und ein respektvolles Miteinander zu fördern, unterstützen wir Initiativen, die die LGTBQ+-Community in Vorarlberg sichtbar machen und die Vielfalt in unserer Gesellschaft betonen. Kultur- und Bildungsprojekte, die den Dialog über die Rechte und Anliegen von LGTBQ+-Menschen fördern, sind für uns dabei von großer Bedeutung. Gerade die Angriffe auf die Kampagne „wish you where gay“ in Bregenz, angezündete Regenbogenfahnen und zerstörte Regenbogenbänke zeigen, dass noch viel Arbeit in Sachen Sensibilisierung und Akzeptanz vor uns liegt.

Das wollen wir konkret:

1. Zeitgemäße Sexualpädagogik in Schulen

Die SPÖ Vorarlberg wird sich für eine sexualpädagogische Bildung einsetzen, die wissenschaftlich fundiert und inklusiv ist, frei von religiösen Einflüssen. Dazu wird sie ein gesetzliches Verbot für religiös motivierte Aufklärungsvereine in Schulen durchsetzen, um neutrale und respektvolle Bildungsinhalte zu gewährleisten. Zeitgemäße Sexualpäda-

gogik wird LGBTQ+-Themen in den Lehrplan integrieren und pädagogisch qualifizierte Fachkräfte unterstützen.

2. Stärkere Unterstützung für NGOs in Vorarlberg, die sich für die Rechte von LGBTQ+-Personen einsetzen und diese in unserer Gesellschaft sichtbar machen

Die SPÖ Vorarlberg wird die Finanzierung und logistische Unterstützung für NGOs erhöhen, die sich aktiv für die Rechte und Sichtbarkeit von LGBTQ+-Personen einsetzen. Es werden Förderprogramme entwickelt, die den langfristigen Bestand dieser Organisationen sichern. Durch Kooperationen zwischen Politik, Zivilgesellschaft und NGOs wird die Sichtbarkeit und der Schutz von LGBTQ+-Personen gestärkt.

3. Schaffung eines queeren Zentrums als Safespace in Anlehnung an den Verein Amazone

Die SPÖ Vorarlberg plant die Errichtung eines queeren Zentrums, das als sicherer Raum für LGBTQ+-Personen dient, ähnlich dem Verein Amazone für Frauen. Dieses Zentrum wird Beratungsangebote, Workshops und gemeinschaftsfördernde Aktivitäten anbieten, um den Bedürfnissen der LGBTQ+-Community gerecht zu werden. Es wird zu einem zentralen Ort für Austausch, Unterstützung und Empowerment in der Region.

4. Meldestelle für Diskriminierung

Die SPÖ Vorarlberg wird eine zentrale Meldestelle für Diskriminierung einrichten, die speziell auf Vorfälle im Zusammenhang mit sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität fokussiert ist. Diese Meldestelle wird Betroffenen ermöglichen, Vorfälle unkompliziert und anonym zu melden, und gleichzeitig rechtliche Unterstützung bieten. Die Einrichtung soll als Schnittstelle zwischen Betroffenen, Behörden und Rechtsbeiständen dienen.

5. Gleichstellungsbeauftragte auf Gemeindeebene als direkte Ansprechpersonen

Die SPÖ Vorarlberg wird dafür sorgen, dass in jeder Gemeinde Gleichstellungsbeauftragte ernannt werden, die sich um die Belange von LGBTQ+-Personen kümmern. Diese Ansprechpersonen werden für die Umsetzung von Gleichstellungsmaßnahmen und die Unterstützung von Betroffenen zuständig sein. Zudem werden sie als Vermittler zwischen der Gemeinde, der LGBTQ+-Community und der Landespolitik agieren, um lokale Anliegen direkt aufzunehmen und Lösungen zu finden.



EHRENAMT und VEREINE

Vereine und ehrenamtliches Engagement bilden das Fundament unserer solidarischen Gesellschaft. Sie schaffen nicht nur Raum für gemeinschaftliche Aktivitäten und fördern den sozialen Zusammenhalt, sondern tragen auch wesentlich zur Lebensqualität in unseren Gemeinden bei. Ob im Sport, in der Kultur, bei Blaulichtorganisationen oder in sozialen Projekten – überall engagieren sich Menschen freiwillig und uneigennützig für das Gemeinwohl. Aus sozialdemokratischer Sicht ist dieses Engagement von unschätzbarem Wert, denn es verkörpert den solidarischen Grundgedanken, dass eine starke Gemeinschaft auf dem Einsatz jedes Einzelnen beruht.

Doch dieses Engagement steht unter Druck: Die Anforderungen an Vereinsarbeit und Ehrenamt werden immer komplexer, und gleichzeitig wird es zunehmend schwieriger, Menschen für freiwillige Tätigkeiten zu gewinnen. Bürokratische Hürden, hohe persönliche Aufwände und fehlende Anerkennung gefährden die Stabilität dieses wichtigen gesellschaftlichen Pfeilers. Daher müssen wir alles daransetzen, diese wertvolle Arbeit zu unterstützen und zu fördern.

Die SPÖ Vorarlberg sieht es als ihre Aufgabe, das Ehrenamt zu entlasten und zu stärken. Mit konkreten Maßnahmen wie der Einführung einer Ehrenamts-Card, einer besseren Infrastruktur für Vereine sowie gezielter Unterstützung für Ehrenamtliche wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, die es ermöglichen, dass dieses wichtige Engagement weiterhin bestehen und sich entfalten kann. Denn eine solidarische und gerechte Gesellschaft braucht starke Vereine und Menschen, die sich mit Herzblut für ihre Mitmenschen einsetzen.

Das wollen wir konkret:

1. Einführung einer Ehrenamts-Card

Die Einführung einer Ehrenamts-Card ist ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung für alle, die sich ehrenamtlich in unserer Gesellschaft engagieren. Mit dieser Karte wollen wir

das Engagement der Freiwilligen sichtbar machen und ihre Leistung würdigen, denn Ehrenamtliche leisten einen wesentlichen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt. Die Ehrenamts-Card soll zudem als Anreiz dienen, noch mehr Menschen für freiwillige Tätigkeiten zu motivieren und so die ehrenamtliche Arbeit in Vorarlberg weiter zu stärken. Darüber hinaus bieten wir den Freiwilligen durch die Card verschiedene Vergünstigungen, etwa in kulturellen oder sportlichen Einrichtungen, um ihnen eine kleine Anerkennung für ihre wertvolle Zeit und ihren Einsatz zu geben.

2. Sonderurlaub für das Engagement in Einsatzorganisationen

Freiwillige in Einsatzorganisationen sind bereit, ihr Leben zu riskieren. Nicht selten werden sie für ihren Dienst an der Allgemeinheit damit „bestraft“, dass sie für Einsätze extra Urlaub nehmen müssen. Wir möchten, dass die Freiwilligen für ihre Einsätze Anspruch auf bis zu eine Woche Sonderurlaub haben. Die Arbeitgeber der Ehrenamtlichen sollten für diese Zeit aus dem Katastrophenfonds entschädigt werden.

3. Infrastruktur und Raum für Vereine

Wir werden bezahlbare Räumlichkeiten und Infrastruktur, die von Vereinen genutzt werden können, fördern und bereitstellen. Dies umfasst auch den Ausbau von öffentlichen Veranstaltungsorten, die kostengünstig für Vereinsaktivitäten zur Verfügung stehen.

4. Offensive für ehrenamtliche Sportfunktionär:innen

Um den anhaltenden Rückgang von ehrenamtlichen Sportfunktionär:innen im Amateurbereich nachhaltig zu bekämpfen, setzen wir ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Attraktivierung und Entlastung des ehrenamtlichen Engagements im Sport um. Dazu zählen die Vereinfachung administrativer Anforderungen sowie die Schaffung von gezielten Weiterbildungs- und Anerkennungsprogrammen. So sollen die wichtigen Stützen des Amateursports gestärkt und der Fortbestand zahlreicher Sportvereine langfristig gesichert werden.

5. Beratungsangebote für Vereine ausbauen

Vor allem kleinere und mittelgroße Vereine wünschen sich oft Schulungs- und Beratungsangebote in den Bereichen Vereinsmanagement, Mitgliedergewinnung, Finanzverwaltung und rechtliche Fragen, um ihre Strukturen professioneller gestalten zu können. Zusätzlich ist eine verstärkte Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit und der regionalen sowie nationalen Vernetzung notwendig, um die Sichtbarkeit zu erhöhen und neue Mitglieder sowie Unterstützer zu gewinnen. Wir schaffen ein hochwertiges Angebot, dass alle Vereine im Land kostenfrei in Anspruch nehmen können.